

Antrag

der AfD-Fraktion

Forschung und Lehre von ideologischem und politischem Ballast befreien

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Auf Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen lastet ein wachsender politischer und ideologischer Druck. An die Stelle wissenschaftlicher Qualität treten zunehmend die Erfüllung politischer Erwartungen, die Beugung vor Konformitätsdruck oder die Anpassung an eine vermeintliche Mehrheitsmeinung. Wissenschaftler formulieren ihre Drittmittelanträge politisch korrekt, Studenten sehen sich veranlasst, Abschlussarbeiten in vorgeblich geschlechtergerechter Weise zu verfassen, und Hochschulleitungen beugen sich den Aktionen politischer Vorfeldorganisationen. Die Angst vor öffentlicher Bloßstellung oder Ausgrenzung führt zu schleichender Selbstzensur und zur Vermeidung offener Debatten.

II. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. die Hochschulen auf allen Ebenen zu ermutigen, stets eine offene Debattenkultur und den kritischen Diskurs in Lehre und Forschung zu ermöglichen;
2. an die Hochschulen zu appellieren, jegliche Störung des Hochschulbetriebs, insbesondere durch externe Kräfte, konsequent zu unterbinden und ihre Hochschulangehörigen sowie Gäste vor politischem und ideologischem Meinungsdruck sowie Anfeindungen, Drohungen und Übergriffen zu schützen;
3. die staatliche Forschungsförderung tatsächlich themen-, technologie- und ergebnisoffen auszurichten und beantragte Projekte nach rein wissenschaftlichen Qualitätskriterien zu beurteilen;
4. die Mitgliedschaft in der verfassten Studentenschaft wieder auf freiwilliger Basis zu ermöglichen und einen diesbezüglichen Vorschlag für die Änderung des Sächsischen Hochschulgesetzes vorzulegen.

Begründung:

Vorgaben zu vermeintlich diskriminierungsfreien Schreibweisen, politisch korrekte Inhalte für Lehrveranstaltungen oder bevorzugte Drittmittel für politisch und ideologisch gewünschte Forschungsthemen sind nur einige Beispiele, die Studenten, Hochschullehrer und Wissenschaftler zunehmend in ihrer Freiheit einengen. Fast zwei Drittel (63,7 Prozent) der Hochschulleitungen an deutschen Hochschulen bemängelten 2024, dass der Einfluss der Politik auf die Wissenschaft zu groß sei.¹

Zusätzlich vereinnahmen immer mehr politische Vorfeldorganisationen die Hochschullandschaft. Spätestens mit dem verschärften Nahostkonflikt werden politische und ideologische Konflikte an den Hochschulen ausgetragen. Einer aktuellen Studie zufolge gab die Mehrzahl der befragten Universitäten an, von pro-palästinensischen Protesten mit einem darüber hinaus hohen Anteil (42 Prozent) hochschulexterner „Aktivisten“ betroffen zu sein.² Fast die Hälfte der befragten Universitätsleitungen berichtet von antisemitischen Graffiti, Plakaten, Parolen auf Demonstrationen und verbalen Angriffen auf jüdische Studenten und Mitarbeiter, während nur 13 Prozent der Studenten angeben, Antisemitismus wahrgenommen zu haben. Da der Anteil von eher linksgerichteten Studenten deutlich höher ist als derjenigen, die sich politisch eher rechts einordnen, ist auch linker Antisemitismus (insbesondere in Bezug auf Israel) deutlich stärker vertreten.³ Die Hochschulen erscheinen oft unsicher angesichts dieses Phänomens.⁴ Statt konsequent ihr Hausrecht durchzusetzen, laden sie Gastredner aus Sicherheitsbedenken lieber wieder aus oder sagen Veranstaltungen ab.⁵

An sächsischen Hochschulen sind politische Einflussnahme gerade auf Studenten sowie der Missbrauch von Hochschuleinrichtungen für politische Zwecke kein neues Thema. Regelmäßig werden Semestereinführungswochen zur politischen Beeinflussung der Studienanfänger genutzt, konservative Positionen in den Studentenräten marginalisiert oder Aktionen linksextremistischer Gruppen beworben. Aufgrund der im Sächsischen Hochschulgesetz verankerten Verpflichtung, Mitglied der verfassten Studentenschaft zu sein, müssen alle Studenten – auch entgegen ihren Überzeugungen – diese politische Beeinflussung finanziell unterstützen.⁶

Forschungsförderung muss themen- und ergebnisoffen gestaltet werden. Wenn Wissenschaftler bereits bei der Antragstellung überlegen müssen, welche Fachbegriffe sie besser nicht verwenden oder welche Fragestellungen sie weglassen, um eine Chance auf Förderung zu bekommen, widerspricht dies der Wissenschaftsfreiheit. Wissenschaft lebt vom Widerspruch, Forschung von vielfältiger Betrachtung des Untersuchungsgegenstands. Neue

¹ Siehe Hochschulbarometer des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft e. V. (<https://www.hochschul-barometer.de/2024>, letzter Abruf 26.02.2026).

² Vgl. Thomas Hinz et al., Antisemitismus und pro-palästinensische Proteste an deutschen Hochschulen: Befragungsergebnisse bei Studierenden und Hochschulleitungen, Working Paper Nr. 43, Cluster of Excellence "The Politics of Inequality", Universität Konstanz.

³ Ebd.

⁴ Siehe Forderungskatalog der Jüdischen Studierendenunion Deutschland gegen Antisemitismus an Hochschulen, 2025.

⁵ Siehe <https://www.welt.de/kultur/article254755404/Universitaet-Leipzig-Der-Fall-Morris-und-die-Frage-wer-ueber-das-Sagbare-entscheidet.html>, letzter Abruf 26.02.2026.

⁶ Siehe § 30 Abs. 1 Sächsisches Hochschulgesetz (SächsHSG).

Erkenntnisse können nur auf Basis freier Forschung, offener Debatten und unterschiedlicher wissenschaftlicher Ansätze gewonnen werden.

Dresden, 01.04.2026

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschrieben von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 01.04.2026